

Auswertung der freiwilligen Dokumentation der Sozialpsychiatrischen Dienste 2010 in Baden-Württemberg

vorgelegt am 6.10.2011 in Karlsruhe

Artikel aus der Stuttgarter Zeitung, Stadtausgabe (Nr. 232)

vom Freitag, den 07. Oktober 2011, Seite 30

STUTTGARTER ZEITUNG
Nr. 232 | Freitag, 7. Oktober 2011

Mehr Arbeit, aber nicht mehr Geld

Karlsruhe Die Jahresbilanz der Sozialpsychiatrischen Dienste nennt alarmierende Zahlen.
Von Georg Patzer

Zuerst ist man ein wenig antriebslos, hat keine Lust mehr, irgendetwas zu tun. Der Antrieb fehlt immer mehr. Und dann ist ein Abrutschen in die Depressivität vorprogrammiert. Wenn man Pech hat, ist man in diesen harten Zeiten schnell abgestempelt, an den Rand gedrängt, aussortiert. Man verliert seinen Job, verliert seine Wohnung. Helfen in dieser misslichen Lage können die Sozialpsychiatrischen Dienste (SpD) der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg.

Seit April 1987 gibt es die Dienste. Und immer wieder müssen sie feststellen, dass die Politik ihnen die Arbeit erschwert. „Per Verwaltungsverordnung wurden von 2005 auf 2006 die Leistungen einfach halbiert“, sagt Matthias Kneißler vom Diakonischen Werk Württemberg. Bei der Summe ist es geblieben. Allerdings benötigen immer mehr Menschen Hilfe. In der Auswertung der Dokumentation Sozialpsychiatrische Dienste 2010, die gestern in Karlsruhe vorgestellt wurde, heißt es somit: „Eine Kompensation kann nur durch die Reduzierung der Kontaktzeit pro Klient erfolgen, einer Reduzierung von Hausbesuchen und durch die raschere Vermittlung in andere Hilfesysteme und Hilfsangebote.“ Das heißt, die Möglichkeiten der Hilfe werden beschnitten.

„Statt zwei Millionen müssten es vier sein.“

Caritas-Vertreter
Wolfgang Mohn

Andere Signale kommen von der neuen grün-roten Regierung: Im Koalitionsvertrag ist festgehalten, dass „das Hilfesystem so ausgestattet werden soll, dass ein verlässliches, strukturell aufeinander abgestimmtes System der komplementären, ambulanten und stationären Versorgung entsteht, in der die Grundversorgungs verpflichtung der Sozialpsychiatrischen Dienste ein wichtiger Bestandteil ist“. Stabilität soll vor allem von einem längst überfälligen Landespsychiatriegesetz kommen, in dem auch



Im ganzen Land stehen den Hilfesuchenden die Türen der Sozialpsychiatrischen Dienste offen.

Foto: Rudel

ELF VERBÄNDE DER HILFE

Die Liga Die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e. V. ist ein Verein, den die elf Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg 1952 als gemeinsame Arbeitsplattform gegründet haben. Sie

dient der Koordinierung der Aktivitäten sowie als Ansprechpartner für die Politik.

Die Verbände Alle elf Verbände sind in der freien Wohlfahrtspflege tätig, setzen sich also für die Belange hilfsbedürftiger Menschen ein, die auf Hilfe angewiesen sind. Dabei reicht das Spektrum der Hilfeleistungen von Kindergärten über Behinderteneinrichtungen bis hin zu Schuldnerberatungsstellen und Altenpflegeeinrichtungen. StZ

die Finanzen rechtlich abgesichert werden sollen. „Statt zwei Millionen Euro, die wir jetzt bekommen, müssten es mindestens vier Millionen Euro sein“, sagt Wolfgang Mohn von der Caritas der Diözese Rottenburg-Stuttgart. Nach Ansicht der Liga ist die Zahl der psychisch Kranken auch wegen der härteren beruflichen Bedingungen angestiegen. 2006 haben bei den Diensten knapp 18 500 Menschen um Hilfe angefragt, 2010 waren es knapp 24 000. Der Anstieg beträgt 28,6 Prozent. Nur acht Prozent ihrer Klienten sind noch beruflich tätig.

„Die Bereitschaft, einen psychisch kranken Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt einzustellen, ist nach wie vor gering“, wird gesagt. Damit geht auch die steigende Vereinsamung der Kranken einher: Nur 15,3 Prozent der Klienten sind verheiratet, in der Gesamtbevölkerung des Landes sind es 63 Prozent. Gut die Hälfte der Klienten leben allein, bei der normalen Bevölkerung ist es nur ein Viertel.

Deswegen ist eine der wichtigsten Aufgaben in den ambulanten Diensten, den Kranken in ihrem Alltag zu helfen, sie zu betra-

ten, zu betreuen und zu begleiten. Dazu gehören vor allem die Krisenintervention, die Feststellung des Hilfebedarfs, Hilfeplanung und Vermittlung von medizinischen Hilfen, Koordination mit anderen Institutionen, aber auch die Sicherstellung der materiellen Grundversorgung.

Wichtig ist auch, den Menschen Angebote zu machen, durch die sie wieder Kontakte knüpfen können, ihnen Möglichkeiten zu kreativem Tun geben. So geschieht es im Club Pinguin in Karlsruhe. Diese Grundversorgung, zu der auch die Hilfe bei der Wohnungssuche oder Problemen mit Ämtern gehören, macht 87,9 Prozent der Arbeit der Liga aus, betreutes Wohnen 2,1 Prozent. Die Soziotherapie, durch die die Klienten wieder in die Lage versetzt werden sollen, medizinische und psychosoziale Hilfen selbstständig in Anspruch zu nehmen, umfasst 6,8 Prozent. Angestiegen ist auch die Zahl der Jugendlichen, die eine individuelle Hilfe brauchen, bis sie für das normale Leben und den Beruf fit sind.

Volkskrankheit Depression

Ein Gespräch mit Manfred Schöniger, Psychiatrie-Referent Diakonie Baden


[Link zur Sendung](#)

Kranke Seele

Immer mehr Menschen leiden an psychischen Störungen

Die Bilanz zum „Welttag für seelische Gesundheit“ am 10. Oktober ist erschreckend: Immer mehr Deutsche leiden an psychischen Krankheiten. Depressionen und Angststörungen sind mittlerweile Volkskrankheiten.



Immer mehr Menschen leiden unter seelischer Belastung 


Die Wohlfahrtsverbände schlagen Alarm. In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der Männer, die an psychischen Krankheiten leiden um 50 Prozent angestiegen, die Zahl der Frauen sogar um 83 Prozent. Mittlerweile sei bereits jede zweite Person betroffen, sagt Manfred

Schöniger, psychiatrischer Referent bei der Diakonie in Karlsruhe. Ursache für diese Entwicklung sind gestiegene Belastungen am Arbeitsplatz und bessere Diagnosemöglichkeiten.

Psychische Krankheiten als Normalität

Angesichts der rasant gestiegenen Krankheitszahlen, spricht Schöniger sogar davon, dass es inzwischen „immer normaler wird“, an einer psychischen Störung zu leiden. Kein Wunder, denn die dritthäufigste Einzeldiagnose in Deutschland lautet : „Depression“, gefolgt von Angststörungen. Schaut man die Fälle genauer an – und dies haben die psychiatrischen Dienste der Wohlfahrtsverbände in Baden-Württemberg gemacht – fallen besonders drei Merkmale auf: Zum einen sind Frauen stärker gefährdet als Männer. Zum zweiten finden sich unter den Betroffenen mehr als dreimal so viele Alleinstehende wie Verheiratete. Und zum dritten sind die mit Abstand meisten Klienten Langzeitarbeitslose oder Empfänger einer Erwerbsunfähigkeitsrente.



Die steigenden Anforderungen am Arbeitsplatz hinterlassen Spuren 



Psychiatrische Dienste bieten Hilfe

Auf dem Weg, der wachsenden Zahl an psychisch Kranken angemessen zu begegnen, sind die psychiatrischen Dienste der Wohlfahrtsverbände ein wichtiger Kontakt. Sie bieten kostenlose Angebote wie Beratung, Betreuung und Begleitung an, die auch in immer stärkerem Maß angenommen werden. So ist – parallel zu den Krankheitszahlen – auch die Suche nach Hilfe sichtbar gestiegen – von 2006 bis 2010 um 28,6% in Baden-Württemberg. Depressionen und Angststörungen scheinen also keine Tabu-Thema mehr zu sein.

Bericht des SWR zum Thema Sozialpsychiatrische Hilfen

Von wegen Klappe

Wie gemeindepsychiatrische Zentren helfen

Seelische Erkrankungen nehmen zu – immer mehr Menschen lassen sich deswegen stationär in Krankenhäusern behandeln; psychische Störungen, so die Experten der Krankenkassen, entwickeln sich zur Volkskrankheit. Mit einmaligen Krankenhaus-Aufenthalten ist es da aber oft nicht getan.

Wer psychisch krank ist, braucht andauernde und differenzierte Hilfe – wohnortnah und am besten ambulant. Die sozial-psychiatrischen Dienste im Land leisten diese Hilfe – tagtäglich, tausendfach: Fast 22.000 psychisch Kranke wurden allein im letzten Jahr betreut – die Fallzahlen steigen.

🔊 **Sozialpsychiatrische Hilfen**

Dauer: 2:30 min

[Link zur Sendung](#)

Sozialpsychiatrische Dienste: Die Nachfrage steigt stetig

Berufliche Belastungen als ein Grund für Krankheiten

eki. Das breit gefächerte Angebot des sozialpsychiatrischen Dienstes in Karlsruhe mit dem Tages- und Freizeittreff „Club Pinguin“ will Kerstin W. nicht mehr missen. „Hier erhalte ich praktische Tipps, wie ich trotz meiner Krankheit das Leben meistern kann“, so die Frau. Seit 27 Jahren leidet die Karlsruherin an einer psychischen Erkrankung, elf Mal war sie bereits in einer Klinik, oft fiel sie nach einer stationären Therapie in ein Loch. Nicht so bei der Beratung durch den sozialpsychiatrischen Dienst. „Selbst nach dem Ende einer Therapie findet sich hier noch jemand zum Reden“, betont sie.

Kerstin W. ist beileibe kein Einzelfall. Im Gegenteil, in den vergangenen

Jahren nahm die Nachfrage nach dem Angebot der Sozialpsychiatrischen Dienste (SPDI) in Baden-Württemberg stetig zu. Suchten 2006 noch 18 448 die einzelnen SPDI-Anbieter im Land auf, waren es 2010 bereits 23 733. Dieser Zuwachs sei eng mit dem Anstieg an psychischen Erkrankungen in Deutschland und Europa verknüpft, weiß Manfred Schöninger. Der Vorsitzende des verbandsübergreifenden Ausschusses „Psychiatrie und Behindertengründe“ und Mitarbeiter des Diakonischen Werks Baden bezeichnet die Gründe für den enormen Anstieg als „vielschichtig“. Zum einen beförderten die hohen beruflichen Belastungen den Ausbruch von psychischen Krankheiten, zum anderen seien die Symptome inzwischen besser zu erkennen als noch vor einigen Jahren. Außerdem habe sich ein gesellschaftlicher Wandel vollzogen. „Die Leute trauen sich heute, zum Arzt zu gehen. Noch vor wenigen Jahren hatte jeder davor Angst, als geistesgestört abgestempelt zu werden“, so Schöninger.

Ein Großteil der Menschen, die sich von den SPDI beraten lassen, sind unverheiratete

Langzeitarbeitslose. Dafür gibt es laut Schöninger gleich zwei Gründe: Wer an einer chronischen psychischen Erkrankung leide, laufe große Gefahr, seine finanzielle und berufliche Grundlage zu verlieren. „Das ist der Unterschied zu anderen chronischen Krankheitsverläufen wie etwa Diabetes, wo die materielle Existenz im Normalfall nicht gefährdet wird“, so Schöninger. Außerdem seien Arbeitslose besonders anfällig für gewisse Krankheitsbilder, Unterforderung sei ebenso wie Überforderung ein Auslöser für eine psychische Erkrankung.

Bei den SPDI stehe vor allem der Dreiklang von „Beraten, Begleiten und Betreuen“ im Vordergrund, so Wolfgang Mohn vom Caritasverband

Oft sind auch Langzeitarbeitslose betroffen

der Diözese Rottenburg-Stuttgart.

Allerdings stehe die Finanzierung der Dienste auf wackligen Beinen. Der Grund: Trotz des Anstiegs der Klientel seien die Zuschüsse von Seiten der Landesregierung seit 2006 nicht mehr erhöht worden. Und 2005 waren die Zuwendungen sogar noch doppelt so hoch wie heute. „Derzeit wird nur ein Drittel unserer Fachkräfte von Land und Kommunen finanziert“, so Mohn. Die Liga der freien Wohlfahrtsverbände fordere deswegen einen doppelt so hohen Zuschuss wie bisher, also vier Millionen Euro vom Land plus dieselbe Summe von den Kommunen. „Sonst können wir den hohen Standard an unseren Einrichtungen nicht mehr aufrechterhalten“, mahnt Mohn.

Matthias Kneissler vom Diakonischen Werk Württemberg fordert gar eine Erneuerung des Landespsychiatriegesetzes, um auch über einen längeren Zeitraum Planungssicherheit zu haben. Große Hoffnung setze die Liga in die grün-rote Landesregierung, die sich in ihrem Koalitionsvertrag die Stärkung der SPDI auf die Fahnen geschrieben hat.